



PROTOKOLLAUSZUG

zum

GEMEINDERAT

am Dienstag, 06.12.2011

ÖFFENTLICH

TOP 1	Haushaltsplan 2012 und Finanzplanung mit Investitionsprogramm 2011-2015 - Beratung und Entscheidung über Anträge zum Haushaltsplan usw. (Vorl.Nr. 512/11 bis 569/11 sowie 427/11 und 507/11) (Vorberatung)	Vorl.Nr. 436/11
-------	--	-----------------

Beratungsverlauf:

Einleitend weist OBM Spec darauf hin, dass eines der Kernthemen der Haushaltsberatungen die gewaltigen finanziellen Anstrengungen im Bereich Bildung und Betreuung seien. Um diese generationengerecht zu finanzieren, führe aus Sicht der Verwaltung – neben einer Fortsetzung des bereits eingeschlagenen Sparkurses, in dessen Zuge man bereits in den letzten Jahren umfangreiche Kürzungen und Einsparungen an anderer Stelle beschlossen und umgesetzt habe – kein Weg an einer Ausschöpfung der zur Verfügung stehenden Einnahmemöglichkeiten vorbei. Dabei spreche er den Bereich der Grundsteuer ebenso an wie die Wirtschaft, die im Sinne weicher Standortfaktoren von guten Betreuungsangeboten in Ludwigsburg profitieren werde und sich daher auch solidarisch an deren Kosten beteiligen müsse. Dennoch sei es ihm wichtig, die Wirtschaft nicht zu überlasten und er verweist in diesem Zusammenhang darauf, dass diese vor einigen Jahren sogar um 15 Hebesatzpunkte entlastet worden sei. Insofern sei die Erklärung der IHK-Spitze verwunderlich, die eine Anhebung des Gewerbesteuerhebesatzes mit Verweis auf die derzeit hohen Steuereinnahmen ablehne. Es sei nicht möglich, permanente nachhaltige Ausgaben durch temporäre, hochkonjunkturbedingte Steuereinnahmen zu finanzieren. Wenn man entsprechend Keynes Theorien in Zeiten schlechter Konjunktur Schulden aufgenommen habe, dürfe man in konjunkturell besseren Zeiten die sprudelnden Steuereinnahmen nicht zur Finanzierung struktureller Ausgaben verwenden, sondern zum Abbau von Schulden oder zum Aufbau von Rücklagen. Insofern wolle er bereits heute dafür werben, die vorbildliche kommunale Finanzpolitik der letzten Jahre fortzusetzen und die notwendigen Entscheidungen zur Verbesserung der Einnahmesituation nicht auf die lange Bank zu schieben – unabhängig davon, ob man diese Entscheidung bereits 2012 oder 2013 umsetzen werde.

Herr Kiedaisch (FB Finanzen) erläutert dem Gremium den Fahrplan für die heutige Beratung der Haushaltsstellen und Anträge der Gemeinderatsfraktionen. Er gibt weiter bekannt, dass das Ergebnis des Haushalts 2011 mit hoher Wahrscheinlichkeit deutlich besser ausfallen werde als geplant. Sodann geht er kurz auf die Veränderungen ein, die sich seit der Haushaltseinbringung am 26.10.2011 durch die Novembersteuerschätzung und die Einarbeitung der Orientierungsdaten des Landes ergeben hätten. Die weiteren Änderungen seien im Beratungsfahrplan blau hinterlegt dargestellt und soweit keine abweichenden Beschlüsse getroffen würden Grundlage für den Haushaltsplan 2012. Die Stellschrauben, mit denen man sich in der Vorberatung besonders befassen wolle, seien die Fortsetzung der Haushaltskonsolidierung sowie die bereits angesprochene Verbesserung der Ertragskraft des Verwaltungshaushalts. Darüber hinaus werde man diskutieren, ob innerhalb des sehr ambitionierten Investitionsprogramms die eine oder andere

Maßnahme zurückgestellt werden solle oder müsse. Als letzte Stellschraube spricht er die Möglichkeiten einer Rücklagenentnahme an.

Fahrplan Haushaltsberatungen

FB 10, UA 0820, S. 32 - Kantine

Herr **Nitzsche** (FB Organisation und Personal) stellt unter Erinnerung an den im Rahmen der letztjährigen Haushaltsberatungen gestellten Antrag Vorl. Nr. 654/10 einen Vorschlag zur Erhöhung der Preise der städtischen Kantine vor.

Die weitere Beratung und Abstimmung erfolgt im Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung.

TOP 1.1	Haushaltsplan 2012 - Entwurf (ANLAGE)	Vorl.Nr. 437/11
---------	---------------------------------------	-----------------

Beratungsverlauf:

Zum Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 1.

TOP 1.1.1	Vorstellung der Ergebnisse/Auswirkungen der Gemeinderatsklausur auf das Investitionsprogramm des Haushaltsplanentwurfs 2012	Vorl.Nr. 455/11
-----------	---	-----------------

Beratungsverlauf:

Zum Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 1.

TOP 1.2	Antrag zum Haushaltsplanentwurf - Antrag der FDP-Fraktion vom 22.11.2011	Vorl.Nr. 544/11
---------	--	-----------------

Beratungsverlauf:

Herr **Kistler** (FB Finanzen) erläutert unter Bezugnahme auf das Schreiben des FB Finanzen vom 16.11.2011 aus welchen Gründen und in welchem Umfang bei der Erstellung des Haushaltsplanes Abschläge von den Orientierungsdaten des Landes, insbesondere für die Jahre 2014 und 2015, vorgenommen worden seien. Dies betreffe überdies nur die Zahlen für den Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer und bei den Schlüsselzuweisungen. Bei der Umsatzsteuer sowie den Sachkostenbeiträge für Schüler- und Kindergartenförderung seien hingegen die Zahlen eins zu eins übernommen worden.

OBM **Spec** berichtet aus der Sitzung des Vorstands des Städtetags Baden-Württemberg. Dessen

Mitglieder gingen unisono nicht davon aus, dass die Orientierungsdaten für die Jahre 2013 ff exakt so wie geplant eintreffen. Insofern mache es Sinn, eher etwas zurückhaltender und auf Sicherheit bedacht zu planen.

Der Antrag Vorl.Nr. 544/11 wird nach diesen Erläuterungen von der FDP-Fraktion zurückgezogen.

TOP 1.3

**Antrag zum Verwaltungshaushalt 2012
- Antrag der Fraktion Freie Wähler vom
22.11.2011**

Vorl.Nr. 528/11

Antrag:

1. Die Ausgabenseite des Verwaltungshaushaltes 2012 wird gegenüber dem Verwaltungshaushalt 2011 nicht erhöht. Ausgenommen davon sind:
 - Gesetzlich bedingte Mehrausgaben.
 - Tarifliche Personalmehrausgaben und bereits beschlossene Beförderungen (Stand Oktober 2011).
 - Zusätzliche Personalstellen, die bereits beschlossen oder aus rechtlichen Gründen erforderlich sind.
 - Sondermaßnahmen, die im Zuge des Haushaltsplanes im Einzelfall beschlossen werden müssen.
 - Die Rücknahme der 5 %-igen Kürzung der Förderung von ehrenamtlich und gemeinnützig tätigen Institutionen im Kultur- und Sportbereich.
 - Haushaltsansätze unter 2.000,00 EUR im Einzelfall.
2. Im Verwaltungshaushalt 2012 werden zusätzlich 1 Mio. EUR eingespart. Insofern hat die Tätigkeit der Strukturkommission wieder einzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen und nach Ziffern getrennt.

Die Ziffer 1 des Antrags wird mit 9 Ja-Stimmen, 21 Nein-Stimmen und 6 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Die Ziffer 2 des Antrags wird mit 9 Ja-Stimmen, 26 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich abgelehnt.

Nicht anwesend: Stadtrat Dr. Heer
 Stadtrat Gericke
 Stadtrat Daferner
 Stadtrat Lutz
 Stadtrat Seybold

Beratungsverlauf:

Herr **Kistler** (FB Finanzen) erläutert mit Bezug auf die Ziffer 1 des Antrags das Verfahren der Sachkostenbudgetierung, das bei der Erstellung des Haushalts zu Grunde gelegt werde.

Herr **Kiedaisch** (FB Finanzen) nimmt zur Ziffer 2 des Antrags Stellung. Er sagt einen Bericht über die bisher erzielten strukturellen Einsparungen und deren geplante Weiterführung für das erste Quartal des Jahres 2012 zu. Man werde den Weg der Haushaltskonsolidierung – ungeachtet der bewussten Rücknahme der Reduzierungen in einzelnen Bereichen – selbstverständlich fortsetzen. Eine pauschale Reduzierung im Sinne einer „Rasenmähermethode“ könne er jedoch nicht empfehlen.

Stadtrat **Glasbrenner** betont nochmals sein grundsätzliches Anliegen, dass der Verwaltungshaushalt 2012 keine strukturellen Mehrausgaben gegenüber dem Haushalt des Vorjahres enthalten solle, insbesondere keine, die nicht zwangsläufig bedingt seien. In Zeiten hoher Steuereinnahmen müsse es möglich sein, eine gewisse Rücklagenzuführung zu erwirtschaften. In diesem Sinne werde seine Fraktion sowohl Verwaltungs- als auch Vermögenshaushalt kritisch begleiten.

OBM **Spec** ruft die Ziffern 1 und 2 des Antrags Vorl. Nr. 528/11 getrennt zur Abstimmung auf.

TOP 1.4

Strukturelle Verbesserung des
Verwaltungshaushaltes
- Antrag der FDP-Fraktion vom 22.11.2011

Vorl.Nr. 541/11

Antrag:

Die Stadtverwaltung unterbreitet Vorschläge zur Realisierung von Ausgabenkürzungen im Verwaltungshaushalt in Höhe von jeweils 1 Million Euro für die Jahre 2013, 2014 und 2015

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag wird mit 19 Ja-Stimmen, 13 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Dr. Heer
Stadtrat Gericke
Stadtrat Daferner
Stadtrat Seybold
Stadtrat Lutz

Ja 19 Nein 13 Enthaltung 4

Beratungsverlauf:

Herr **Kiedaisch** (FB Finanzen) stellt dar, dass sich dieses Ziel nur durch eine Globale Minderausgabe von jeweils 1 Mio. € in den Jahren 2013 – 2015 realisieren lassen werde.

OBM Spec betont, er erwarte bei einer Zustimmung zu diesem Antrag konkrete Vorschläge der Gremienmitglieder, mit welchen Maßnahmen das gesteckte Ziel erreicht werden solle. Anschließend lässt er über den Antrag Vorl. Nr. 541/11 abstimmen.

TOP 1.5

Verringerung des Aufwandes für Feierlichkeiten
- Antrag von Stadträtin Lange vom 19.11.2011

Vorl.Nr. 557/11

Antragstext:

Der Zuschuss für die Feierlichkeiten zum 50-jährigen Jubiläum der Rede an die deutsche Jugend von Charles de Gaulle in unserer Stadt wird von geplanten 75.000 Euro auf 40.000 Euro reduziert.

betroffene Finanzposition: Unterabschnitt 0001 – Internationale Kontakte (Verwaltungshaushalt)
Gruppierungsnummer 6070.000 (Seite 10)

Betrag: 40.000 Euro weniger 35.000 Euro

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag wird mit 5 Ja-Stimmen, 28 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Nicht anwesend: Stadtrat Dr. Heer
 Stadtrat Daferner
 Stadtrat Gericke
 Stadtrat Lutz
 Stadtrat Seybold

Ja 5 Nein 28 Enthaltung 3

Beratungsverlauf:

Stadträtin **Lange** beurteilt die Höhe der geplanten Ausgaben als unangemessen in anbetracht der allgemein schwierigen finanziellen Lage.

Auf Nachfrage von Stadtrat **Heer** erläutert OBM **Spec**, dass sich die Stadt Ludwigsburg in einem Verband mit anderen Städten, Universitäten und Schulen und unter enger Zusammenarbeit mit dem DFI engagiere. Man sei lediglich einer der Kofinanziers der Feierlichkeiten und beteilige sich mit 10% an den Kosten. Springe die Stadt ab, habe dies voraussichtlich eine negative Signalwirkung auf die anderen Beteiligten.

Anschließend wird über den Antrag Vorl. Nr. 557/11 Beschluss gefasst.

Beratungsverlauf:

Der Antrag ist mit Verweis auf den bereits im Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung am 27.11.2011 erfolgten Bericht erledigt.

Die Verwaltung sichert eine schriftliche Zusendung des Berichts zum Stellenplan zu.

Antrag:

Für Mitarbeiterbefragungen, verschiedene Aufträge an Berater und für Stellenbewertungen wird der geplante Aufwand bei der Zentralen Verwaltung von 46.000 Euro auf 23.000 Euro halbiert.

betroffene Finanzposition: Unterabschnitt 0200 – Zentrale Verwaltung (Verwaltungshaushalt)
Gruppierungsnummer 6550.000 (Seite 22)

Betrag: 23.000 Euro weniger 23.000 Euro

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag wird mit 2 Ja-Stimmen, 29 Nein-Stimmen und 6 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Nicht anwesend: Stadtrat Dr. Heer
 Stadtrat Daferner
 Stadtrat Gericke
 Stadtrat Lutz

Ja 2 Nein 29 Enthaltung 6

Beratungsverlauf:

Stadträtin **Lange** beurteilt die Ausgaben als zu hoch. Unter anderem könne auch der Personalrat eine Umfrage zur Mitarbeiterzufriedenheit durchführen.

Herr **Nitzsche** (FB Organisation und Personal) begründet den monierten geringen Mittelabfluss im Jahr 2010 durch personelle Engpässe im FB Organisation und Personal. Die Mittel für die Befragung zur Mitarbeiterzufriedenheit seien gut angelegt, die interne Abwicklung sei nicht machbar.

OBM Spec ruft den Antrag Vorl. Nr. 561/11 zur Abstimmung auf.

Antrag:

Die Verwaltung berichtet im WKV über die Entwicklung des Kostendeckungsgrades der kostenrechnenden Einrichtungen in den letzten 5 Jahren. Künftig wird im Haushaltsplan (Anlage 10) eine Übersicht der letzten 5 Jahre dargestellt.

Betroffene Finanzposition: Anlage 10

Beratungsverlauf:

Die Verwaltung sagt zu, diesen Antrag mit dem endgültigen Haushaltsplan umzusetzen.

Der Antrag Vorl. Nr. 514/11 ist damit erledigt.

Beratungsverlauf:

Die Anträge Vorl. Nr. 512/11 und 539/11 werden gemeinsam zur Beratung aufgerufen.

Herr **Kiedaisch** (FB Finanzen) zeigt auf, dass im Entwurf des Haushaltsplanes die 5%igen Kürzungen im Kulturbereich bereist zurückgenommen worden seien. Die städtischen Kultureinrichtungen seien hiervon ausgenommen worden, da die 2009 durchgeführten Kürzungen alle städtischen Fachbereiche gleichermaßen betroffen hätten und zwischenzeitliche Kostensteigerungen in den Bereichen Personal und Energiekosten bereits an anderer Stelle berücksichtigt würden.

OBM **Spec** weist ergänzend darauf hin, dass die Auflösung der Unterdeckung der Jugendmusikschule, der Tanz- und Theaterwerkstatt und des Sinfonieorchesters bereist umgesetzt sei. Insofern sei der Absatz 2 des Antrags Vorl. Nr. 539/11 hinfällig.

Sodann lässt er zunächst über die Rücknahme der Etat Kürzungen für das Kunstzentrum Karlskaserne, Junge Bühne und Labyrinth abstimmen (insgesamt rund 17.400 €).

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag wird mit 34 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Anschließend lässt OBM **Spec** über die Rücknahme der Etat Kürzungen für das städtische

Museum abstimmen.

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag wird mit 18 Ja-Stimmen, 15 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Dr. Heer
Stadtrat Daferner
Stadtrat Gericke
Stadtrat Lutz
Stadtrat Seybold

TOP 1.10	Rücknahme der 5%-Kürzung für die städtischen Kultureinrichtungen - Antrag der SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 21.11.2011	Vorl.Nr. 539/11
----------	---	-----------------

Beratungsverlauf:

Zum Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 1.9.

TOP 1.11	Verbesserung der Wirtschaftlichkeit bei der Ludwigsburger Jugendmusikschule - Antrag von Stadträtin Lange vom 18.11.2011	Vorl.Nr. 567/11
----------	---	-----------------

Antragstext:

Die Stadt drängt bei der Jugendmusikschule Ludwigsburg auf eine höhere Wirtschaftlichkeit mit dem Ziel, den städtischen Zuschuss an die Einrichtung von geplanten 712.700 Euro für das Haushaltsjahr 2012 möglichst schon in diesem Jahr, spätestens aber ab 2013 schrittweise zu reduzieren.

betroffene Finanzposition: Unterabschnitt 3330 – Musikschulen (Verwaltungshaushalt)
Gruppierungsnummer 7000.000 (Seite 60)
Betrag: 712.700 Euro

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag wird mit 1 Ja-Stimme, 34 Nein-Stimmen und 1 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Nicht anwesend: Stadtrat Dr. Heer
Stadtrat Daferner

Stadtrat Gericke
Stadtrat Lutz
Stadtrat Seybold

Ja 1 Nein 34 Enthaltung 1

Beratungsverlauf:

Stadträtin **Lange** begründet den von ihr gestellten Antrag. Als Mittel zur Einnahmenverbesserung schlägt sie vor, statt Gruppenunterricht vermehrt auf Einzelunterricht umzustellen.

OBM **Spec** erinnert an den Bericht der Jugendmusikschule im Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung und die dort vorgestellten Ansätze zur Erzielung einer höheren Wirtschaftlichkeit. Selbstverständlich sei auch der Verwaltung eine strukturelle Einnahmeverbesserung bei der Jugendmusikschule ein großes Anliegen.

Anschließend lässt er über den Antrag Vorl. Nr. 567/11 abstimmen.

TOP 1.12

Kulturförderung - Zuschussaufstockung der
Budgets diverser Kultureinrichtungen (JMS,
TTW, Sinfonieorchester Ludwigsburg)

Vorl.Nr. 504/11

Abweichender Beschluss:

I. JMS:

1. Das Konzept der JMS zur Konsolidierung ihres Haushalts 2012 ff. entsprechend der Anlage 1 zur Vorl. Nr. 504/11 wird zustimmend zur Kenntnis genommen.
2. Der bisherige institutionelle städtische Zuschuss in Höhe von 458.100 € (Betrag entspricht den seit 2009 im städtischen Haushalt vollzogenen Kürzungen) wird ab 2012 um 15.000 € aufgestockt. *Die Aufstockung erfolgt befristet für drei Jahre.*

II. TTW:

1. Der Darstellung der TTW zum Arbeitsspektrum sowie zur Konsolidierung ihres Haushalts 2012 ff. entsprechend der Anlage 2 zur Vorl. Nr. 504/11 wird zugestimmt.
2. Der bisherige institutionelle städtische Zuschuss in Höhe von 106.350 € (Betrag entspricht den seit 2009 im städtischen Haushalt vollzogenen Kürzungen) wird ab 2012 befristet für drei Jahre um 28.000 € aufgestockt zusätzlich einer jährlichen Aufstockung um 10.000 € befristet für drei Jahre.

III. Sinfonieorchester:

1. Dem Bericht des Sinfonieorchesters Ludwigsburg zum Aufgabenspektrum wird zugestimmt. Die Darstellung zur wirtschaftlichen Lage des Vereins wird zur Kenntnis genommen.
2. Der bisherige institutionelle städtische Zuschuss in Höhe von 26.100 € (Betrag entspricht den seit 2009 im städtischen Haushalt vollzogenen Kürzungen) wird ab 2012 um 10.000 € aufgestockt. *Die Aufstockung erfolgt befristet für drei Jahre.*

IV. Kulturwelt

1. Der Zwischenbericht von Kulturwelt e.V. zum Haushaltsjahr 2011 wird zur Kenntnis genommen.
2. Der Programmplanung 2012 wird zugestimmt.

3. Der Verein Kulturwelt e.V. wird für die Grundsicherung seiner im Antrag dargestellten Veranstaltungen und theaterpädagogischen Angebote ab 2012 in die dauerhafte städtische Kulturförderung aufgenommen.
Kulturwelt erhält zu der für 2012 geplanten städtischen Förderung von 20.000 € eine Aufstockung um 10.000 € und wird künftig mit insgesamt 30.000 € pro Jahr bezuschusst.
Die Aufstockung um 10.000 € erfolgt befristet für drei Jahre.

Beratungsverlauf:

Im Sachzusammenhang mit der Beratung der Finanzposition 1.3330.7000.000 des Haushalts stellen Stadtrat **Herrmann** und Stadträtin **Schneller** den Antrag, die Rücknahme der Zuschusskürzung bei allen in der Vorl. Nr. 504/11 genannten Einrichtungen für drei Jahre zu befristen.

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag wird mit 20 Ja-Stimmen, 15 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Anschließend lässt OBM **Spec** über eine Aufstockung des Zuschusses an die Tanz- und Theaterwerkstatt in Höhe von 10.000 € abstimmen.

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag wird mit 29 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 6 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Dr. Heer
Stadtrat Daferner
Stadtrat Gericke
Stadtrat Lutz

TOP 1.13	Deckelung des Zuschusses für den Betrieb der Arena auf 2,0 Mio. € - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 22.11.2011	Vorl.Nr. 532/11
----------	---	-----------------

Antragstext:

Der Zuschussbedarf im Unterabschnitt 1.8400 'Arena Ludwigsburg' wird auf etwa den Betrag der Vorjahre und damit auf 2,0 Mio. € gedeckelt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag wird mit 9 Ja-Stimmen, 28 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Nicht anwesend: Stadtrat Dr. Heer
Stadtrat Daferner
Stadtrat Gericke
Stadtrat Lutz

Ja 9 Nein 28 Enthaltung 0

Beratungsverlauf:

Herr **Kiedaisch** (FB Finanzen) begründet den erhöhten Zuschussbedarf im Jahr 2012 mit einer Reduzierung der Einnahmeerwartungen auf realistische Beträge. Auf der Ausgabenseite habe man ausschließlich im Bereich der Gebäudeunterhaltung eine Erhöhung zu verzeichnen. Sodann zieht er einen Vergleich zur finanziellen Situation der Arenen anderer Städte, die einen etwas höheren Kostendeckungsgrad vorweisen könnten. Mittelfristig wolle man in Ludwigsburg durch eine höhere Auslastung der Arena ein besseres Ergebnis erzielen. Von einer Deckelung des Zuschusses rate er ab. Über die weitere Entwicklung des Betriebs der Arena und dessen Ergebnisses werde er im Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung berichten.

OBM **Spec** sagt den Bericht über das Jahr 2011 und einen Ausblick auf 2012 für das erste Quartal 2012 zu.

Stadträtin **Klett-Heuchert** bittet um Abstimmung über den Antrag ihrer Fraktion.

Stadtrat **Herrmann** plädiert dafür, diesen Antrag abzulehnen. Stattdessen solle nach Vorliegen des Rechnungsergebnisses 2011 im Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung in öffentlicher Sitzung der von Herrn Kiedaisch zugesagte Bericht über die Jahre 2010 und 2011 erfolgen.

Stadträtin **Schittenhelm** lehnt eine Deckelung des Zuschusses ab. Wenn ein solcher Antrag gestellt werde, müssten gleichzeitig auch Vorschläge unterbreitet werden, wie der Zuschussbedarf wirksam reduziert werden könne.

OBM **Spec** stellt den Antrag Vorl. Nr. 532/11 zur Abstimmung.

TOP 1.14

Haushaltswirksamkeit des
Gesamtenergiekonzepts
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 23.11.2011

Vorl.Nr. 531/11

Beratungsverlauf:

Die Anträge Vorl. Nrn. 531/11 und 549/11 werden gemeinsam zur Beratung aufgerufen.

Herr **Geiger** (Referat Nachhaltige Stadtentwicklung) sagt einen Bericht zum Gesamtenergiekonzept im ersten Quartal des Jahres 2012 zu. In diesem Zusammenhang erfolge dann auch der Bericht des neu eingestellten Klimaschutzmanagers und die Anträge Vorl. Nr. 531/11 und 549/11 würden behandelt.

TOP 1.15 Haushalts- und Investitionsplan 2012 ff.:
Energieversorgung (Strom und Wärme) in
Ludwigsburger Wohngebieten
- Antrag von Stadträtin Burkhardt (LUBU) und
Stadtrat Hillenbrand (Linke) vom 23.11.2011
Vorl.Nr. 549/11

Beratungsverlauf:

Die Anträge Vorl. Nrn. 531/11 und 549/11 werden gemeinsam zur Beratung aufgerufen.

Zum Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 1.14.

TOP 1.16 STEP Obweil
- Antrag der FDP-Fraktion vom 22.11.2011
Vorl.Nr. 542/11

Beratungsverlauf:

Herr **Geiger** (Referat Nachhaltige Stadtentwicklung) sagt zu, dass Anfang des Jahres 2012 Vorschläge zum weiteren Vorgehen bei der Erstellung des Stadtteilentwicklungsplans Obweil vorgestellt werden. Bis dahin werde der Antrag der FDP-Fraktion, Vorl. Nr. 542/11. zurückgestellt.

TOP 1.17 Keine Zuschüsse der Stadt für Schaukästen des
Breuningerlandes
- Antrag von Stadträtin Lange vom 18.11.2011
Vorl.Nr. 560/11

Beratungsverlauf:

Der Antrag Vorl. Nr. 560/11 wird von Stadträtin Lange zurückgezogen.

TOP 1.18 Erstwohnsitzkampagne
- Antrag der CDU-Fraktion vom 21.11.2011
Vorl.Nr. 513/11

Antrag:

Der Ansatz für eine Erstwohnsitzkampagne wird von 80.000 € auf 40.000 € halbiert.

Betroffene Finanzposition: 1.0500.6030

Beratungsverlauf:

Protokollauszug Gemeinderat 06.12.2011

Die Anträge Vorl. Nrn. 513/11 und 565/11 werden gemeinsam zur Beratung aufgerufen.

Herr **Schindler** (FB Bürgerdienste) nimmt Bezug auf den Antrag Vorl. Nr. 513/11 und stellt dar, dass nur bei Beibehaltung des gesamten Ansatzes Aussicht auf einen Erfolg der Kampagne bestehe.

Stadtrat **Rebholz** erinnert an die Diskussion im Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales über die Wohnsitzkampagne. Über das Ziel sei man sich einig, nicht überzeugt habe jedoch das vorgeschlagene, flache Konzept. Hierfür müsse der auf 40.000 € halbierte Ansatz allemal reichen.

Stadtrat **Glasbrenner** schlägt vor, die geplanten 80.000 € im Haushaltsplan 2012 zu belassen. Der Haushaltsansatz solle allerdings mit einem Sperrvermerk versehen werden, bis ein neues Konzept beschlossen ist.

Die antragstellende CDU-Fraktion und das Gremium stimmen diesem Vorschlag einmütig zu.

Anschließend ruft OBM **Spec** auf Wunsch der Antragstellerin Stadträtin Lange zur Abstimmung über die Vorl. Nr. 565/11 auf.

Zum Abstimmungsergebnis siehe Tagesordnungspunkt 1.19.

TOP 1.19

Keine weitere Zielgruppenbefragung für die
Wohnsitzkampagne
- Antrag von Stadträtin Lange vom 18.11.2011

Vorl.Nr. 565/11

Antrag:

Auf die geplante Zielgruppenbefragung Wohnsitzkampagne Ludwigsburg wird verzichtet.

betroffene Finanzposition: Unterabschnitt 0500-Bürgerdienste (Verw.HH)
Gruppierungsnummer 6030.000 (Seite 107)

Betrag: 0 Euro weniger 80.000 Euro

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag wird mit 1 Ja-Stimme, 35 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich abgelehnt.

Nicht anwesend: Stadtrat Dr. Heer
 Stadtrat Daferner
 Stadtrat Gericke
 Stadtrat Lutz

Ja 1 Nein 35 Enthaltung 1

Beratungsverlauf:

Die Anträge Vorl. Nrn. 513/11 und 565/11 werden gemeinsam zur Beratung aufgerufen.

Zum Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 1.18.

TOP 1.20	Begrüßungspaket für Neugeborene - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 23.11.2011	Vorl.Nr. 536/11
----------	--	-----------------

Beratungsverlauf:

Nach Erläuterungen durch EBM **Seigfried**, wonach der Kinderschutzbund nach eigenen Aussagen 50% der benötigten Mittel durch Sponsoring einwerben könne und somit lediglich noch 8 000 € verteilt auf die Jahre 2012 und 2013 von der Stadt erhoffe, wird die Beratung in den Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales verwiesen.

Im Haushaltsplan werden 4.000 €, versehen mit Sperrvermerk, zur Verfügung gestellt.

Das Gremium stimmt diesem Vorschlag mit 35 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 1 Enthaltung mehrheitlich zu.

Nicht anwesend: Stadtrat Dr. Heer
Stadtrat Daferner
Stadtrat Gericke
Stadtrat Lutz

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Vorl. Nr. 536/11, ist damit erledigt.

TOP 1.21	Haushalts- und Investitionsplan 2012 ff.: Neue Personalstellen für die Schulsozialarbeit - Antrag von Stadträtin Burkhardt (LUBU) und Stadtrat Hillenbrand (Linke) vom 23.11.2011	Vorl.Nr. 555/11
----------	--	-----------------

Beratungsverlauf:

Frau **Karcheter** (FB Bildung, Familie, Sport) schildert die augenblickliche Situation und teilt mit, dass die Verwaltung im Frühjahr 2012 eine Aufstockung der Personalstellen vorschlagen werde,

TOP 1.22	Haushalts- und Investitionsplan 2012 ff.: Erhalt der 4 Ludwisburger Aktivspielplätze - Antrag von Stadträtin Burkhardt (LUBU) und Stadtrat Hillenbrand (Linke) vom 23.11.2011	Vorl.Nr. 551/11
----------	--	-----------------

Antrag:

1. Gemeinderat und Verwaltung der Stadt Ludwigsburg bekräftigen nochmals die Aussagen aus der Vorlage 007/09, daß

- die 4 Aktivspielplätze unverzichtbarer Bestandteil des pädagogischen Angebots für 6-12 jährige Kinder in Ludwigsburg sind,
- daß sie ein Teil der außerschulischen Kinder- und Jugendbildung sind.

2. Die Förderung der Aktivspielplätze wird mit einer noch gemeinsam zu erarbeitenden Leistungsvereinbarung verbunden, in die die ehrenamtliche Arbeit der Vereinsmitglieder auf dem Platz ebenso einfließt wie die Personalkosten, die für eine fachlich einwandfreie Betreuung notwendig sind. Auch die erforderlichen Sachkosten sollen ausgewiesen werden. Die Förderung steigt jährlich um einen bestimmten Prozentsatz, um den steigenden Personalkosten gerecht zu werden und die Aktivspielplätze zukunftsfähig zu machen.

Die Leistungsvereinbarungen werden 2012 erarbeitet.

Finanzposition: 1.4601.7060.000

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag wird mit 3 Ja-Stimmen, 34 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Nicht anwesend: Stadtrat Dr. Heer
Stadtrat Daferner
Stadtrat Gericke
Stadtrat Lutz

Ja 3 Nein 34 Enthaltung 0

Beratungsverlauf:

Frau **Karcheter** (FB Bildung, Familie, Sport) erinnert an die Behandlung der Vorl. Nr. 169/11 im Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales am 04.05.2011. Man habe sich bereits darauf verständigt, für die Bauspielplätze in Eglosheim und in der Weststadt zunächst einen Planungsprozess einzuleiten, der zum 1. Halbjahr 2012 abgeschlossen werden soll, und die verbleibenden Spielplätze wie in der Vorl. Nr. 169/11 dargestellt zu fördern.

Stadtrat **Hillenbrand** erinnert an den hohen Stellenwert, der den Kinderspielplätzen noch vor zwei Jahren von der Verwaltung insbesondere hinsichtlich der sozialpädagogischen Betreuung von Kindern in Brennpunkt-Stadtteilen eingeräumt worden sei.

EBM **Seigfried** und Stadtrat **Meyer** weisen übereinstimmend auf die Veränderungen hin, die sich zwischenzeitlich in der Bildungs- und Betreuungslandschaft vollzogen hätten. Beide raten davon ab, vor Abschluss des von Frau Karcheter angekündigten Planungsprozesses Festlegungen zu treffen.

OBM Spec lässt daraufhin über den Antrag Vorl. Nr. 551/11 abstimmen.

TOP 1.23

Qualitätsverbesserung und Ausbau bei den
Unter-Dreijährigen
- Antrag von Stadträtin Lange vom 18.11.2011

Vorl.Nr. 568/11

Beratungsverlauf:

Der Antrag Vorl. Nr. 568/11 wird nach Erläuterung von Frau **Karcheter** (FB Bildung, Familie, Sport) von Stadträtin **Lange** zurückgezogen.

TOP 1.24

Haushalts- und investitionsplan 2012 ff.:
Beteiligung der Stadt an den Kosten des Jahres-
und Umwelttickets der VVS und Werbeaktionen
- Antrag von Stadträtin Burkhardt (LUBU) und
Stadtrat Hillenbrand (Linke) vom 23.11.2011

Vorl.Nr. 546/11

Antrag:

1. Ab 2012 wird die ab 2010 gestrichene Förderung des Jahrestickets des VVS und des Umweltjahrestickets wieder eingeführt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt zusammen mit dem VVS die erfolgreiche Werbeaktion 2010 zur Nutzung des ÖPNV durch Ludwigsburger Bürger und Bürgerinnen ab 63 Jahren jedes Jahr zu wiederholen und sich an den Kosten zu beteiligen.

Finanzposition: 1.7920.7180.000 (2009)

Betrag: 50.000 Euro

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag wird mit 14 Ja-Stimmen, 21 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Nicht anwesend: Stadtrat Dr. Heer
Stadtrat Daferner
Stadtrat Gericke
Stadtrat Lutz

Ja 14 Nein 21 Enthaltung 2

Beratungsverlauf:

BM **Schmid** erinnert daran, dass die Beteiligung am Jahres- und Umweltticket im Jahr 2009 aus zweierlei Gründen als Beitrag zur Haushaltskonsolidierung eingestellt worden sei. Man spare rund 18 000 € pro Jahr ein. Zwar habe sich die Nachfrage bis zum Jahr 2011 deutlich reduziert, jedoch könne dies nicht mit Sicherheit auf den Wegfall der finanziellen Förderung zurückgeführt werden. Auch ein Ausweichen auf andere Bestellformen, beispielsweise per Abo oder über das Internet, sei denkbar. Da sich die Wirksamkeit einer finanziellen Förderung nicht nachweisen lasse, unterstütze er den Antrag 546/11 nicht.

Auch OBM **Spec** und Stadtrat **Herrmann** plädieren unter Konsolidierungsaspekten für eine Ablehnung des Antrags.

Stadtrat **Hillenbrand** argumentiert, die Förderung sei allein aus finanziellen Erwägungen eingestellt worden. In finanziell besseren Zeiten könne man diese also wieder einführen. Es handle sich um vergleichsweise geringe Kosten für die Attraktivierung des ÖPNVs.

Stadträtin **Klett-Heuchert** will ebenfalls diesen symbolischen Beitrag für eine Unterstützung des ÖPNVs investieren.

OBM **Spec** stellt den Antrag Vorl. Nr. 546/11 zur Abstimmung.

TOP 1.25	Darstellung der Organisation und der Wirtschaftlichkeit des neu organisierten Gebäudemanagements, insbesondere Gebäudereinigung. Hausmeisterdienste sowie der Schließdienste in den Hallen und Gebäuden der Stadt - Antrag der CDU-Fraktion vom 21.11.2011	Vorl.Nr. 521/11
----------	---	-----------------

Beratungsverlauf:

Die Verwaltung sagt einen Bericht im ersten Quartal des Jahres 2012 zu.

TOP 1.26	Keine Kürzungen bei der Sanierung der Straßen und dem Belagsprogramm in Ludwigsburg - Antrag von Stadträtin Lange vom 18.11.2011	Vorl.Nr. 566/11
----------	---	-----------------

Antrag:

Die Mittel zur Unterhaltung und Sanierung von Straßen und Wegen in der Stadt werden um 345.000 Euro erhöht.

betroffene Finanzposition: Unterabschnitt 6300-Gemeindestraßen und öffentliche Plätze (Verw.HH)
Gruppierungsnummer 5110.000 (Seite 198)

Betrag: 1.745.000 Euro mehr 345.000 Euro

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag wird mit 4 Ja-Stimmen, 32 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Nicht anwesend: Stadtrat Dr. Heer
 Stadtrat Daferner
 Stadtrat Gericke
 Stadtrat Lutz
 Stadträtin Schübler

Ja 4 Nein 32 Enthaltung 0

Beratungsverlauf:

Herr **Kohler** (FB Tiefbau und Grünflächen) erklärt, der eingestellte Betrag sei auskömmlich. 2009/2010 habe man den Ansatz auf Grund der Wirtschaftskrise etwas gekürzt, 2011 hingegen zur Kompensation per Nachtrag etwas mehr eingestellt. Der Ansatz 2012 entspreche wieder in etwa dem der Vorjahre.

OBM **Spec** lässt daraufhin über den Antrag Vorl. Nr. 566/11 abstimmen.

TOP 1.27

Brunnen
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 24.11.2011

Vorl.Nr. 538/11

Beratungsverlauf:

Herr **Kohler** (FB Tiefbau und Grünflächen) stellt die zu erwartenden Kosten dar, die sich bei einer Verlängerung des Brunnenbetriebs voraussichtlich ergäben. Pro Monat müsse mit 15 – 20 000 € gerechnet werden.

Stadtrat Dr. **Bohn** und Stadträtin **Liepins** geben zu bedenken, dass die Brunnen wesentlich zum äußeren Erscheinungsbild der Stadt beitragen. Ihre Abschaltung sei auch Besuchern schwer zu vermitteln und beeinträchtige das Image der Stadt.

Stadtrat **Noz** und Stadträtin **Schneller** unterstützen zwar die Intention des Antrags und können auch der Auffassung ihrer Vorredner inhaltlich zustimmen, jedoch tragen sie aus finanziellen Erwägungen heraus den Antrag Vorl. Nr. 538/11 nicht mit. Beide sprechen sich gegen eine Aufweichung der Sparmaßnahmen aus, insbesondere, wenn dies nicht an anderer Stelle kompensiert werde.

Auch OBM **Spec** warnt davor, das Konsolidierungspaket auszuhöhlen. Sicher sei es wünschenswert, die eine oder andere Einsparung zu lockern, jedoch gefährde dies mittelfristig den Gesamterfolg. In der Einzelfallbetrachtung habe man auch für die Brunnen bisher stets eine vernünftige Lösung gefunden, beispielsweise ein Verschieben der Betriebszeiten in den Stadtteilen. Er verweist daher die Feinsteuerung und Einzelfallentscheidung in dieser Frage an den Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt.

Das Gremium trägt dies mehrheitlich mit.

TOP 1.28

Neue Friedhofskonzeption
- Antrag der SPD-Fraktion vom 21.11.2011

Vorl.Nr. 527/11

Beratungsverlauf:

Herr **Kiedaisch** (FB Finanzen) sagt die Erstellung einer neuen Friedhofskonzeption im Jahr 2012 zu.

Außerhalb der Tagesordnung spricht Stadtrat **Herrmann** das Thema Blumenschmuckwettbewerb an. Die Verwaltung sagt einen Bericht im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt zu.

TOP 1.29 Optimierung wirtschaftliche Betätigung der Stadt Vorl.Nr. 543/11
- Antrag der FDP-Fraktion vom 22.11.2011

Beratungsverlauf:

Der Antrag der FDP-Fraktion, Vorl. Nr. 543/11, wird nach Erläuterungen von Herrn **Kiedaisch** (FB Finanzen) zur Beratung an den Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung verwiesen.

TOP 1.30 Maßnahmen für ein geringeres Defizit bei der Vorl.Nr. 537/11
PAG
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 23.11.2011

Beratungsverlauf:

Der Antrag Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Vorl. Nr. 537/11, wird zur Beratung an den Aufsichtsrat der PAG verwiesen.

TOP 2 Erhöhung der Realsteuer-Hebesätze auf Vorl.Nr. 511/11
01.01.2013

Beratungsverlauf:

Die Vorl. Nr. 511/11 wird gemeinsam mit den Anträgen Vorl. Nr. 529/11, 545/11, 571/11 und 572/11 zur Beratung aufgerufen.

Stadtrat **Hillenbrand** begründet den gemeinsam mit Stadträtin Burkhardt gestellten Antrag Vorl. Nr. 545/11. Er verweist auf die zahlreichen zu leistenden Aufgaben und den Rückstau, der sich in einigen Bereichen zu bilden drohe. Ersteres sei nur zu leisten und letzteres nur zu vermeiden, wenn man nicht nur über Einsparungen, sondern auch über die Anpassung der Einnahmeseite nachdenke. Hierzu gehöre – nachdem Grundsteuer und Elternbeiträge zur Betreuung bereits erhöht worden seien – auch die Gewerbesteuer. Gesamtgesellschaftliche Aufgaben müssten auch von allen gesellschaftlichen Gruppen finanziert werden. Die von ihm und Stadträtin Burkhardt vorgeschlagene Gewerbesteuererhöhung sei aus seiner Sicht moderat, vor allem, da sich Ludwigsburg im Vergleich mit anderen Kommunen lediglich im unteren Mittelfeld bewege. Somit sei auch das Argument zurückzuweisen, dass sich durch eine Anhebung der Steuer die Wettbewerbsfähigkeit Ludwigsburg im Vergleich zu anderen Kommunen verschlechtere.

OBM **Spec** erinnert an den Konsens, dass zusätzliche Ausgaben im Bereich Bildung und Betreuung unabdingbar seien. Würden diese nicht von den heutigen Generationen finanziert, verschiebe man die Lasten auf zukünftige Generationen. Zahlreiche Gespräche mit unterschiedlichsten Teilnehmern hätten gezeigt, dass – auch in der Wirtschaft - hierfür zumindest ein grundlegendes Verständnis bestehe. Man dürfe sich allgemein nicht der Illusion hingeben, dass zusätzliche Leistungen ohne zusätzlichen Aufwand zu realisieren seien. Bei den anstehenden Veränderungen gebe es aus seiner Sicht nur zwei mögliche Stellschraube: entweder die der Einnahmen, sprich die Erhöhung der Steuern, oder die der Ausgaben, also Abstriche bei der kommunalen Aufgabenerfüllung. Dies müsse dann auch so vertreten und kommuniziert werden.

Stadtrat **Herrmann** kann einer Gewerbesteuererhöhung für das Jahr 2012 nicht zustimmen. Die vergleichsweise niedrige Gewerbesteuer sei ein nicht zu unterschätzender Standortvorteil für Ludwigsburg, und bevor man diesen aus der Hand gebe, müssten zunächst alle Einsparungs- und Konsolidierungsmöglichkeiten ausgeschöpft sein. Auch das mit Vorl. Nr. 511/11 dargelegte Ansinnen der Verwaltung, einen „Vorratsbeschluss“ für die Anhebung der Gewerbesteuer im Jahr 2013 zu fassen, lehne die CDU-Fraktion ab. Über eine Erhöhung der Grund- und der Gewerbesteuer, die sich Teile seiner Fraktion derzeit für das Jahr 2013 durchaus vorstellen könnten, könne man immer noch im Rahmen der Beratungen zum Haushalt 2013 diskutieren.

Stadtrat **Noz** ergänzt, man müsse die Ausgaben den Einnahmen anpassen und nicht umgekehrt.

Stadtrat Dr. **Bohn** hält eine Anhebung der Gewerbesteuer im Jahr 2012 angesichts der sich abzeichnenden Einnahmezunächse für nicht zu vermitteln. Der Vorl. Nr. 511/11 der Verwaltung könne die SPD-Fraktion jedoch weitestgehend zustimmen. Es zeichne sich bereits heute ab, dass die kommenden Jahre finanziell gesehen nicht einfach würden. Ohne Anpassung der Einnahmenseite seien die anstehenden, größtenteils auch gesetzlich vorgeschriebenen Aufgaben nicht zu finanzieren und der Haushaltsausgleich nicht zu schaffen. Um die Lasten auf alle gesellschaftlichen Gruppen angemessen zu verteilen und eine Überforderung Einzelner auszuschließen, beantrage seine Fraktion mit Vorl. Nr. 572/11, über die Vorl. Nr. 511/11 abweichend zu beschließen.

Stadtrat **Weiss** verweist auf den Antrag Vorl. Nr. 529/11. Die FW-Fraktion teile in dieser Frage die Auffassung der CDU-Fraktion und wolle eine Steuererhöhung frühestens zum Haushalt 2013 diskutieren. Die Schuldenkrise werde die Wirtschaftslandschaft noch verändern, insofern mache es keinen Sinn, heute Festlegungen für eine nicht absehbare Zukunft zu treffen. Er warne vor der falschen Einschätzung, dass die ortsansässigen Unternehmen bereit oder in jedem Fall in der Lage seien, eine eventuelle Steuererhöhung mitzugehen. Es gebe bereits Fälle von Kommunen, die bei der Erhöhung der Steuer entsprechende negative Erfahrungen gemacht hätten.

Stadtrat **Glasbrenner** fügt an, dass nicht zwingend erforderliche Investitionen im Vermögenshaushalt in der Vergangenheit zu zusätzlichen Ausgaben im Verwaltungshaushalt geführt hätten. Vor einer Steuererhöhung müsse zunächst dieses Problem angegangen werden.

Stadträtin **Klett-Heuchert** erinnert an das Ziel eines generationengerechten Haushalts. Angesichts der „davonlaufenden“ Ausgaben komme man an einer Modifizierung der Einnahmenseite nicht mehr vorbei. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spreche sich daher für eine Erhöhung der Gewerbesteuer bereits zum Jahr 2012 aus. Dies umso mehr, als diese Steuer letztmals 2001 verändert worden sei und damals sei sie sogar noch reduziert worden. Das Wettbewerbs-Argument könne sie nicht nachvollziehen. Die Nachbargemeinden hätten zum Teil bereits heute einen höheren Steuersatz und Ludwigsburg könne zudem noch mit einer sehr guten Infrastruktur punkten. Eine Erhöhung der Grundsteuer lehne ihre Fraktion hingegen ab. Deren Hebesätze seien bereits unlängst erhöht worden, zudem stehe ein negativer Effekt auf die Entwicklung der Mietpreise zu befürchten. Sofern heute die Mehrheit zu einer Gewerbesteuererhöhung für das Jahr 2012 fehle, stimme ihre Fraktion hilfsweise auch einem Vorratsbeschluss für das Jahr 2013 zu.

Stadtrat **Müller** gibt zu bedenken, dass die Gewerbesteuer – anders als die Grundsteuer – konjunkturabhängig und somit nicht hundertprozentig planbar sei. Laufende Einnahmen bräuchten jedoch eine stabile und sichere Finanzierung. Die FDP-Fraktion teile die Auffassung der CDU-Fraktion, dass man zunächst alle Einsparmöglichkeiten ausschöpfen müsse, bevor man über Steuererhöhungen entscheide. Seine Fraktion lehne es ab, heute einen Vorratsbeschluss für das Jahr 2013 zu fassen. Es bestehe die Gefahr, dass man sich auf dieser scheinbar sicheren Basis sonst zurücklehne und die Konsolidierungsdisziplin bei den Beratungen für das Haushaltsjahr 2013 zurückgehe.

Stadtrat **Lettrari** fordert dazu auf, nicht nur den „kleinen Mann“ durch die Anhebung der Grundsteuer und den damit oft verbundenen Anstieg der Mieten an der Finanzierung der dringend notwendigen kommunalen Aufgaben zu beteiligen, sondern auch die ortsansässigen Unternehmen.

Herr **Kiedaisch** (FB Finanzen) fasst zusammen, dass auch unter Einbeziehung der Rücklagen noch ein Defizit von 11,2 Mio. € im Finanzplan bestehe. Dieser solle jedoch ausgeglichen sein. Es sei nicht möglich, gleichzeitig die Rücklagen zu schonen beziehungsweise keine Kredite aufzunehmen, die notwendigen Investitionen zu finanzieren und zudem auf mögliche und vertretbare Steuereinnahmen zu verzichten. Tatsächlich sei es so, dass beschlossene und unvermeidbare Investitionen insbesondere im Bereich Bildung und Betreuung den Haushalt mit Folgekosten belasteten und man selbst bei steigenden Steuereinnahmen daher mit einem Abschmelzen der Rücklagen rechnen müsse. Aus seiner Sicht sei daher trotz der anziehenden konjunkturellen Situation eine Hebesatzerhöhung unvermeidlich. Selbstverständlich werde man die zu leistenden Ausgaben dennoch weiterhin kritisch und unter Konsolidierungsgesichtspunkten überwachen.

Zum Vorschlag von Stadtrat **Müller**, Ludwigsburger Unternehmer anstatt einer Gewerbesteuererhöhung zur Finanzierung von Betreuungsplätzen zu animieren, nimmt EBM **Seigfried** Stellung. Er berichtet über erste Ansätze auf diesem Gebiet und die dabei auftretenden Schwierigkeiten. Es seien bereits mehrere derartige Initiativen gescheitert, eine nunmehr angelaufene benötige weiterhin Zuschüsse der Stadt. Kritisch sei auch die Freiwilligkeit dieses Engagement. Vertiefend geht er nochmals auf das Thema Gewerbesteuerhebesatz und Standortvorteil ein. Nach seiner Erfahrung sei dieses Kriterium eher sekundär – genauso wie die Höhe der Grundsteuer für den privaten Bürger. Eine größere Rolle bei einer Entscheidung für oder gegen einen Standort spielten in der Regel eine gute Infrastruktur, eine funktionierende Wirtschaft vor Ort sowie eine in den Bereichen Kultur und Betreuungsangebote allgemein vitale Stadt.

OBM **Spec** lässt zunächst über den Antrag Vorl. Nr. 545/11 abstimmen.

Der Antrag wird mit 10 Ja-Stimmen, 24 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Nicht anwesend: Stadtrat Dr. Heer
 Stadtrat Daferner
 Stadtrat Gericke
 Stadtrat Lutz
 Stadträtin Schübler

Stadtrat **Herrmann** beantragt, die Beratung der Vorl. Nr. 511/11 sowie der Anträge mit der Vorl. Nr. 529/11, 571/11 und 572/11 bis zur Beratung des Haushaltsplanes 2013 zurückzustellen.

Sodann lässt OBM **Spec** über den Antrag des Stadtrates **Herrmann** abstimmen.

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag wird mit 21 Ja-Stimmen, 15 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Dr. Heer
Stadtrat Daferner
Stadtrat Gericke
Stadtrat Lutz
Stadträtin Schüßler

TOP 2.1	Haushalts- und Investitionsplan 2012 ff., betr. Gewerbesteuer - Antrag von Stadträtin Burkhardt (LUBU) und Stadtrat Hillenbrand (Linke) vom 23.11.2011	Vorl.Nr. 545/11
---------	---	-----------------

Antrag:

Der Gewerbesteuerhebesatz wird in zwei Teilschritten erhöht:

2012 von 360 auf 370 v.H;

2013 von 370 auf 380 v. H.

Danach wird gemäß Haushaltslage und Investitionsvorhaben über Erhöhung oder Reduzierung des Hebesatzes entschieden.

Die Mehreinnahmen werden insbesondere für die gesellschaftlich wichtige Aufgabe der Kinder- und Jugendförderung im Bildungsbereich eingesetzt.

Finanzposition: 9 1.9000 0030.000

Betrag: Mehreinnahmen 2012 1,7 mill. €, 2013 3,5 Millionen €.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag wird mit 10 Ja-Stimmen, 24 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Nicht anwesend: Stadtrat Dr. Heer
Stadtrat Daferner
Stadtrat Gericke
Stadtrat Lutz
Stadträtin Schüßler

Ja 10 Nein 24 Enthaltung 2

Beratungsverlauf:

Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 2.

TOP 2.2 Antrag zum Vermögenshaushalt 2012 und der Vorl.Nr. 529/11
Finanzplanung mit Investitionsprogramm 2011 -
2015 (Stand 16. November 2011)
- Antrag der Fraktion Freie Wähler vom
21.11.2011

Beratungsverlauf:

Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 2.

TOP 2.3 Verschiebung der Beratungen über Erhöhungen Vorl.Nr. 571/11
der Grundsteuer und der Gewerbesteuer in
Ludwigsburg
- Antrag der Stadträtin Lange vom 06.12.2011

Beratungsverlauf:

Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 2.

TOP 2.4 Erhöhung der Realsteuer-Hebesätze auf Vorl.Nr. 572/11
01.01.2013 - Abänderungsantrag zur Vorl. Nr.
511/11
- Antrag der SPD-Fraktion vom 06.12.2011

Beratungsverlauf:

Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 2.

TOP 3 Bürgerhaushalt Vorl.Nr. 423/11

Beratungsverlauf:

Herr **Kiedaisch** (FB Finanzen) beantwortet mit Verweis auf die Vorl. Nr. 423/11 den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 06.07.2011, Vorl. 316/11. Statt eines expliziten Bürgerhaushaltes empfehle er eine Beteiligung der Bürgerschaft innerhalb von Zukunfts- und Stadtteilkonferenzen.

Stadtrat Dr. **Vierling** dankt für die Stellungnahme der Verwaltung und die Vorl. Nr. 423/11. Auch wenn man heute eine unterschiedliche Auffassung vertrete, sei es ihm wichtig, dass man das Thema nicht aus den Augen verliere und im Gespräch bleibe. Insbesondere müssten die Erfahrungen der Stadt Stuttgart mit deren erstem richtigem Bürgerhaushalt abgewartet werden.

Protokollauszug Gemeinderat 06.12.2011

Bei positiven Ergebnissen werde er das Thema gerne wieder aufgreifen. Als Perspektive für Ludwigsburg könne er sich einen ersten Bürgerhaushalt für das Jahr 2014 vorstellen.

Stadtrat **Herrmann** unterstützt die Einschätzung der Verwaltung. Viele Bürger engagierten sich lieber ganz konkret projektbezogen als zu abstrakten Haushaltsthemen. Dies sei seiner Erfahrung nach auch effektiver. Insofern halte er die von der Verwaltung angebotenen Beteiligungsmöglichkeiten für ausreichend.

Stadtrat **Glasbrenner** schließt sich seinem Vorredner an. Er hebt hervor, dass das Interesse der Bürgerschaft an einem Bürgerhaushalt bisher sehr verhalten sei. Man könne niemanden zu einer bestimmten Form des Engagements zwingen.

Stadträtin **Schittenhelm** vertritt die Ansicht, dass sich projektbezogene Beteiligungsformen und ein Bürgerhaushalt nicht ausschließen. Beides bediene unterschiedliche Zielgruppen.

Stadtrat **Haag** erinnert daran, dass die Bürgerbefragung und die Internetbefragung in Stuttgart bei jeweils hoher Beteiligung zu den gleichen Themen teilweise absolut gegensätzliche Ergebnisse gebracht hätten. Insofern müsse man auch das Thema Validität beachten. Er selber halte ein Herunterbrechen auf eine konkrete Ebene und eine Bürgerbeteiligung beispielsweise in den STEPs für zielführender. In einem zweiten Schritt könne über eine entsprechende finanzielle Ausstattung der Projektgruppen nachgedacht werden.

Stadträtin **Burkhardt** weist ergänzend darauf hin, dass eine Bürgerbeteiligung auch eine entsprechende Personalausstattung auf Verwaltungsseite erfordere und verdiene.

OBM **Spec** lehnt es ab, das Modethema Bürgerhaushalt zum Selbstzweck weiterzuverfolgen. Bisher gebe es seines Wissens noch keine Stadt, die den Bürgerhaushalt mit positivem Ergebnis praktiziere. Wenn erste positive Berichte vorlägen, könne man eine Einführung in Ludwigsburg kritisch prüfen.

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ist damit erledigt.

TOP 3.1

Bürgerhaushalt in Ludwigsburg - Antrag der
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom
06.07.2011

Vorl.Nr. 316/11

Beratungsverlauf:

Herr **Kiedaisch** (FB Finanzen) beantwortet mit Verweis auf die Vorl. Nr. 423/11 den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 06.07.2011, Vorl. 316/11.

Zum Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 3.

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ist damit erledigt.

Beratungsverlauf:

Die Tagesordnungspunkte 4 bis 5.2, Vorl. Nrn. 419/11, 494/11 und 308/11, werden gemeinsam zur Beratung aufgerufen.

Frau **Richert** (FB Kunst und Kultur) fasst einleitend den bereits im Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung am 18.10.2011 erfolgten Bericht zur Vorl. Nr. 419/11 zusammen und wirbt für eine Zustimmung zu den beiden Vorl. Nrn. 494/11 und 308/11.

Stadtrat **Herrmann** betont, in der derzeitigen Situation sei ihm eine Stabilisierung der institutionellen Strukturen besonders wichtig, die Förderung von Projekten könne erforderlichenfalls noch etwas geschoben werden. Der Vorl. Nr. 308/11 könne er zustimmen, wenn man die Kosten für einen Ankauf auf Maximal 8 000 € begrenze. Die Vorl. Nr. 494/11 wolle er hingegen schieben und im Jahr 2012 nochmals in die Diskussion vertieft einsteigen. Insgesamt sei das Thema Kunst und Kultur in Ludwigsburg gut aufgestellt. Wenn man sich im Jahr 2012 aus finanziellen Erwägungen kein „Sahnehäubchen“ leisten könne oder wolle, sei dies zu verschmerzen.

Stadtrat von **Stackelberg** erinnert daran, dass die erste Aktion „Kunst im öffentlichen Raum“ ein positives Ergebnis gehabt habe. Gerne sei er daher bereit, ein solches Projekt nochmals durchzuführen. Wenn man die Beratung der Vorl. Nr. 494/11 heute schieben wolle, so solle schon aus Gründen der Verlässlichkeit festgelegt werden, wann man wieder in die Diskussion einsteigen wolle.

Stadtrat **Glasbrenner** gibt zu bedenken, dass man sich in allen Bereichen, in denen die Stadt fördernd tätig sei, „nach der Decke strecken“ müsse. Gerade im Kulturbereich hätten im Rahmen der Haushaltsberatungen bereits einige positive Beschlüsse erzielt werden können, so dass er der zusätzlichen Förderung eines weiteren Projekts eher kritisch gegenüberstehe. Dem Vorschlag von Stadtrat Herrmann, die Beschlussfassung über die Vorl. Nr. 494/11 zu verschieben, könne er daher zustimmen.

Stadtrat Dr. **Vierling** und Stadtrat **Müller** sprechen sich übereinstimmend für einen Ankauf der Zeitenräder, Vorl. Nr. 308/11, aus.

Anschließend lässt OBM **Spec** zunächst über den Vorschlag von Stadtrat Herrmann, die Beschlussfassung über die Vorl. Nr. 494/11 zu verschieben, und sodann über die Vorl. Nr. 308/11 mit dem vorgeschlagenen Kostendeckel abstimmen.

Zum Abstimmungsergebnis siehe Tagesordnungspunkte 5.1 und 5.2.

Beratungsverlauf:

Die Tagesordnungspunkte 4 bis 5.2, Vorl. Nrn. 419/11, 494/11 und 308/11, werden gemeinsam
Protokollauszug Gemeinderat 06.12.2011

zur Beratung aufgerufen.

Zum Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 4.

TOP 5.1 2013 und Folgejahre - Konzeption und
 Beschlussfassung

Vorl.Nr. 494/11

Beratungsverlauf:

Die Tagesordnungspunkte 4 bis 5.2, Vorl. Nrn. 419/11, 494/11 und 308/11, werden gemeinsam zur Beratung aufgerufen.

Zum Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 4.

Stadtrat **Herrmann** beantragt im Verlauf der Aussprache, das in der Vorl. Nr. 494/11 dargestellte Projekt vorerst zurückzustellen.

OBM **Spec** lässt über den Antrag des Stadtrats Herrmann abstimmen.

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag wird mit 20 Ja-Stimmen, 11 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Dr. Heer
 Stadtrat Daferner
 Stadtrat Gericke
 Stadtrat Lutz
 Stadtrat Seybold
 Stadtrat Meyer
 Stadträtin Schüßler
 Stadträtin Burkhardt
 Stadträtin Klett-Heuchert

TOP 5.2 Ankauf der Zeitenräder von Hedi Schwöbel am
 Bahnhof

Vorl.Nr. 308/11

Abweichender Beschluss:

Dem Ankauf des Kunstwerks „Zeitenräder“ von Hedi Schwöbel entsprechend der Begründung zur Vorl. Nr. 308/11 wird zugestimmt. *Die Kosten des Ankaufes belaufen sich auf maximal 8.000 Euro.*

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 30 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 1 Enthaltung mehrheitlich angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Dr. Heer
Stadtrat Daferner
Stadtrat Gericke
Stadtrat Lutz
Stadtrat Seybold
Stadtrat Meyer
Stadträtin Schüßler
Stadträtin Burkhardt
Stadträtin Klett-Heuchert

Beratungsverlauf:

Die Tagesordnungspunkte 4 bis 5.2, Vorl. Nrn. 419/11, 494/11 und 308/11, werden gemeinsam zur Beratung aufgerufen.

Zum Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 4.

Im Rahmen der Aussprache schlägt Stadtrat **Herrmann** vor, den Beschlussvorschlag der Vorl. Nr. 308/11 dahingehend zu ergänzen, dass die Kosten des Ankaufes 8.000 € nicht übersteigen dürfen.

Das Gremium stimmt dieser Änderung des Beschlussvorschlages einmütig zu.

OBM **Spec** lässt im Anschluss über den entsprechend modifizierten Beschlussvorschlag abstimmen.